



Hannover, 5. Oktober 2006

Pressemitteilung Armut im Alter – heute noch kein Thema?

Im Anfang Juli 2006 vom Bundeskabinett verabschiedeten fünften Altenbericht kommt die Sachverständigenkommission zu dem Schluss, dass sich die Einkommenssituation älterer Menschen in Zukunft auf Grund ökonomischer und politischer Entwicklungen deutlich verschlechtern wird. Gleichzeitig wird die Ungleichheit in der Einkommensverteilung in Deutschland zunehmen.

Bereits heute bestehen deutliche Unterschiede im Einkommen älterer Menschen. Besonders für alleinstehende, hochbetagte Frauen ist das Armutsrisiko überdurchschnittlich hoch, ältere Menschen mit Migrationshintergrund sind ebenfalls stärker von Armut betroffen als vergleichbare Nichtmigranten-Gruppen. Weiterhin bestehen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland.

Hinzu kommt das Problem der „verdeckten“ Armut. Zwar sollte durch die Einführung der bedarfsorientierten Grundsicherung im Jahr 2003 sichergestellt werden, dass ältere und dauerhaft erwerbsgeminderte Menschen genug Geld für den Lebensunterhalt haben und nicht mehr auf Sozialhilfe angewiesen sind. Jedoch sagen Zahlen über die materielle Lage häufig nicht genügend über die tatsächliche Lebenssituation älterer Menschen aus. Stattdessen müssen Aspekte wie der Gesundheitszustand, Pflegebedürftigkeit, soziale Integration, die Verfügbarkeit familiärer Netzwerke oder auch die Wohnsituation in die Betrachtung einbezogen werden. Gerade die gesundheitliche Situation der Älteren birgt ein hohes Armutsrisiko, da Zuzahlungen, Praxisgebühren, die Kosten für Hilfsmittel, nicht verschreibungspflichtige Medikamente und die Inanspruchnahme von Pflegedienstleistungen oft zu hohen finanziellen Belastungen führen. Vor allem Pflegebedürftigkeit erhöht das Armutsrisiko deutlich.

In einer besonders schwierigen Situation sind psychisch Kranke, chronisch Kranke, Menschen mit Behinderungen und Mitglieder sozialer Randgruppen, da ihre bisherige Lebenssituation eine finanzielle Altersvorsorge in der Regel nicht zuließ. Hinzu kommt der steigende Anteil demenziell erkrankter Menschen, der auf Grund des erhöhten Betreuungsbedarfs eine besondere Herausforderung sowohl für die Betroffenen und ihre Angehörigen als auch für die sozialen Sicherungssysteme darstellt.

Die Arbeitskreise „Armut und Gesundheit“ und „Alter(n) und Gesundheit“ der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V. haben dies zum Anlass genommen, in einer gemeinsamen Sitzung das Thema Altersarmut aufzugreifen und gemeinsam mit Seniorenvertreterinnen und –vertretern sowie Akteuren aus dem Gesundheits- und Sozialbereich, Wohlfahrtsverbänden und der Wissenschaft zu diskutieren. Ein Fazit der Sitzung war die Einschätzung, dass trotz staatlicher Hilfen wie der Grundsicherung Armut im Alter existiert, jedoch eher im Verborgenen stattfindet. Die Dunkelziffer wurde von den verschiedenen Fachkräften recht hoch eingeschätzt. Die Betroffenen seien häufig nur schwer zu erreichen. Daher müssen Unterstützungsangebote so konzipiert sein, dass sie bestehende Zugangswege nutzen und die Zielgruppen bei konzeptionellen Fragen einbeziehen. Eine wichtige Rolle spielen weiterhin aufsuchende Hilfen.

Angesichts der demographischen Entwicklung wird sich die Tendenz zur Altersarmut in Zukunft noch verstärken. Daher muss sowohl von Seiten der Politik als auch der Gesundheits- und Sozialdienste frühzeitig reagiert werden, um den weitreichenden Folgen des demographischen Wandels zu begegnen. Eine umfangreiche Gesundheitsberichterstattung ist dabei ebenso notwendig wie Interventionen auf kommunaler und regionaler Ebene zum Ausbau adäquater Hilfsangebote.

Arbeitskreis Armut und Gesundheit

Kontakt: Dr. Antje Richter, Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V., Fenskeweg 2, 30165 Hannover, Tel. (05 11) 3 88 11 89-33, E-Mail: antje.richter@gesundheit-nds.de

Arbeitskreis Alter(n) und Gesundheit

Kontakt: Iris Bunzendahl, Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V., Fenskeweg 2, 30165 Hannover, Tel. (05 11) 3 88 11 89-4, E-Mail: iris.bunzendahl@gesundheit-nds.de